

Source: Neue Südtiroler Tageszeitung Date: 23.09.2017

von Thomas Vikoler

Eine kuriose zeitliche Überschneidung: Während der Streit zwischen der autonomen Region Katalonien mit dem spanischen Zentralstaat wegen des geplanten Abspaltungs-Referendums eskaliert, werden im Südtiroler Landtag gesittet Vorschläge zur Überarbeitung des hiesigen Autonomiestatus verlesen. Von Sezession keine Rede, aber von Vollautonomie.

Eine langwierige und auch langweilige Angelegenheit, denn die Inhalte, die auch in einer Broschüre vorliegen, sind längst bekannt: Der Mehrheitsbericht des vornehmlich politisch besetzten Konvents der 33, von den Rechtsexperten Esther Happacher, Renate von Guggenberg und Roberto Toniatti überarbeitet und am 30. Juni vom Konvent mehrheitlich abgesegnet. Dazu die Minderheitenberichte von Landtagspräsident Roberto Bizzo, des grünen Landtagsabgeordneten Riccardo Dello Sbarba und der Bozner Stadtanwältin Laura Polonioli, des früheren Forza-Italia-Abgeordneten Maurizio Vezzali und des Juristen Roberto Toniatti. Die Vorschläge zur Überarbeitung des Autonomiestatus des sogenannten Forums der 100. Landtagsdebatte ist zu den Berichten an diesem Nachmittag keine vorgesehen, auch wenn der Abgeordnete Alessandro Urzi diese am Ende fordert. „Der Landtag muss einen endgültigen Text verabschieden“, klärt Landtagspräsident Bizzo auf, „danach ist der Regionalrat an der Reihe“.

Zunächst werden an diesem Konvent-Nachmittag die Minderheitenberichte verlesen: Laura Polonioli und Riccardo Dello Sbarba sind gegen die Nennung der christlichen Wurzeln Südtirols, wie sie der Mehrheitsbericht vorschlägt (mit dem Zusatz der humanisti-



**Eine kuriose zeitliche Überschneidung:** Während der Streit zwischen der autonomen Region Katalonien mit dem spanischen Zentralstaat eskaliert, werden im Südtiroler Landtag gesittet Vorschläge zur Überarbeitung des Autonomiestatus verlesen.

## „Hin zur Vollautonomie“

**Die Wunschliste für den Autonomie-Himmel:** Im Landtag werden die Berichte zum Konvent der 33 und des Forums der 100 vorgestellt. Debatte gibt es keine.

schen Werte und jene der Aufklärung). Auch den Verweis auf das Recht auf Selbstbestimmung nach UNO-Charta halten sie für überflüssig. „Die UNO-Charta erkennt das Recht auf Selbstbestimmung nur an, wenn ein Volk daran gehindert wird, in Freiheit seine wirtschaftliche soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten und über den eigenen politischen Status zu entscheiden“, heißt es im Minderheitenbericht. Das treffe auf Südtirol aber nicht zu, sagen Polonioli

und Dello Sbarba. Und folglich wohl auch nicht für Katalonien. Sie sprechen sich auch für eine mehrsprachige Schule als Wahlmöglichkeit, eine unverzügliche Gültigkeit der ersten Sprachgruppenklärung und einen flexiblen Proporz mit einer zehnpromzentigen Toleranzspanne und ein Schlichtungsverfahren bei Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Staat und Land aus.

Dass die Region Trentino-Südtirol in der heutigen Form überholt ist, da-

rüber ist man sich, so Präsident Christian Tschurtschenthaler; im Konvent der 33 einig. Nicht aber über deren Abschaffung, wie ein guter Teil der Mitglieder des Konvents fordert. Die Zuständigkeiten der Region sollen demnach an das Land bzw. die Länder übergehen. „Einige Mitglieder des Konvents halten es für notwendig, dass die Region weiterhin Gesetzgebungsbefugnisse zukommen, ohne nähere Festlegung der Sachbereiche“, heißt es im Mehrheitsbericht. Maurizio Vezzali ist einer von ihnen, er ist auch für den Erhalt des Regierungskommissärs, den die Mehrheit abschaffen möchte. „Die Abschaffung des Regierungskommissariats gefährdet kein verfassungsrechtlich geschütztes Gut“ heißt es im Mehrheitsbericht.



Abgeschafft werden sollen laut diesem auch die Außensektionen der in Südtirol wirkenden Gerichte (Landesgericht, Oberlandesgericht), die nicht mehr von Trient abhängen sollten.

Im Mehrheitsbericht ist eine lange Wunschliste von Zuständigkeiten angeführt, die Südtirol per fakultativer Durchführungsbestimmung erhalten sollte, dazu mit verpflichtender Durchführungsbestimmung die (neuen) Zuständigkeiten für Toponomastik, Landespolizei, Arbeitsschutz, private Kollektivvertragsverhandlungen, Olympisches Landeskomitee und Verwaltung der Justiz.

Am Ende sagt Kommissionspräsident Tschurtschenthaler: „Ich glaube, wir haben einen guten Beitrag zum Ausbau der Autonomie hin zur Vollautonomie geleistet“. Was die Dokumente politisch wert sind, wird sich wohl erst langfristig zeigen.